

II-4657 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2295/J

1992-01-30

**A n f r a g e**

der Abgeordneten Kuba, Kiermayer, Dr. Preiß, Mag. Guggenberger und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Einstellung von behinderten Arbeitnehmern im öffentlichen Bereich

Im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien wurde unter anderem als eines der Hauptziele der Behindertenpolitik "verstärkte Maßnahmen zur Erhöhung der tatsächlichen Beschäftigung von Behinderten in Unternehmen und bei den öffentlichen Dienstgebern" vereinbart.

Die Arbeitsmarktsituation für Behinderte ist aber nach wie vor nicht zufriedenstellend. Es wird nach Meinung vieler Menschen zu viel von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch die Erstattung der "Ausgleichstaxe" die Einstellung von Behinderten zu vermeiden. Der Bund müßte, nach dem Dafürhalten der unterzeichneten Abgeordneten mit gutem Beispiel vorangehen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

**A n f r a g e :**

- 1) Wie hoch ist die Anzahl der in den Bundesdienststellen (einschließlich ÖBB und Post) beschäftigten Behinderten und wie hat sie sich in den Jahren von 1989 - 1991 verändert?
- 2) Wie hoch müßte die Beschäftigtenzahl sein, wenn die gesetzlichen Richtlinien voll ausgeschöpft würden?
- 3) Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Chancen Behindter zur Eingliederung in den Arbeitsprozeß im gesamten Bundesdienst (inkl. ÖBB und Post) durch geeignete Maßnahmen wesentlich zu verbessern.